

In Sorge um die Demokratie

AKTION: E-Mail-Aussendungen an Politiker*innen –

Bericht und Einschätzung



Wir von der Initiative "betrifft.demokratie" sind besorgt, wie es mit Österreich nach den Nationalratswahlen am 29. September 2024 weitergehen wird.

Ausgangslage und Motivation: Laut aktueller Umfragen wird die FPÖ stimmenstärkste Partei werden. Diese Partei orientiert sich an autoritären Regimen, ist EU-feindlich, von rechtsextremem und antidemokratischem Gedankengut durchsetzt, rassistisch, frauen- und minderheitenfeindlich, hochgradig korruptionsanfällig, hetzt gegen Migrant*innen, die sie zu Sündenböcken stempelt (Stichwort Remigration) und unterminiert das Vertrauen in demokratische Institutionen wie z.B. die Justiz oder unabhängige Medien, indem sie mit äußerst aggressiver Sprache begriffliche Umdeutungen vornimmt ...

Der Parteiobmann der FPÖ, Herbert Kickl, möchte „Volkskanzler“ werden und ruft zum Sturz des Systems auf, was ihm jedoch nur gelingen kann, wenn er einen Koalitionspartner findet. Bis auf die ÖVP haben sich alle im Parlament vertretenen Parteien klar positioniert und eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen. Deshalb befürchten wir, dass sich die ÖVP auf eine Neuauflage einer Koalition auf Bundesebene einlassen könnte.

Unser Anliegen: Als wir unsere Initiative gegründet haben, wollten wir uns aktiv in den politischen Diskurs einbringen, und daher haben wir im Mai und Juni 2024 eine E-Mailaktion gestartet und allen ÖVP-Abgeordneten in ganz Österreich (Abgeordnete zum Nationalrat, zum Bundesrat, allen Landtagsabgeordneten und Abgeordnete zum Europäischen Parlament) per E-Mail ein Schreiben übermittelt, in dem wir an sie appellieren, sich in ihrer Partei dafür stark zu machen, eine Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ – und nicht nur mit Parteiobmann Kickl – klar auszuschließen.

Antworten auf unsere Briefe: Wir haben knapp 300 Schreiben versandt und um Stellungnahme gebeten. Von 24 Personen erhielten wir eine Rückmeldung. Die meisten Antworten blieben unverbindlich, gingen nicht direkt auf unser Anliegen ein und lassen sich folgendermaßen zusammenfassen :

- Bundeskanzler Nehammer hat bereits alles zum Thema gesagt
- Selbstverständlich setzen wir uns für die Demokratie ein
- In einer Demokratie ist der Wählerwille bzw. der Mehrheitswille zu respektieren
- Man darf demokratischen Entscheidungen nicht vorgreifen

Drei Antworten setzten sich mit unserem Anliegen direkt auseinander, bedauerten extreme Positionen, kritisierten das aggressive politische Klima, das Fehlen von Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander und sahen eine Gefährdung der Freiheit. Eine einzige Person sprach sich explizit gegen eine Koalition mit der FPÖ aus.

In einer Antwort wurde uns vorgeworfen, am linken Auge blind zu sein und die Gefahren des Linksextremismus (hauptsächlich in Form der KPÖ) nicht entsprechend ernst zu nehmen.

Unsere Reaktionen darauf: Wir haben auf fast alle Antworten reagiert und dabei folgende Argumente ins Treffen geführt:

- Nicht nur Kickl ist das Problem, sondern die Ausrichtung der gesamten Partei
- Man kann mit einer Partei nur in ihrer Gesamtheit koalieren und sich nicht ihre moderaten Vertreter*innen heraussuchen, mit denen man regieren will

- Wenn sich eine Partei, die staatstragend sein möchte, wirklich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennt, schließt das eine Koalition mit der FPÖ aus
- Selbst wenn die FPÖ stimmenstärkste Partei werden sollte, hat sie als Partei, die die demokratischen Freiheiten benutzt, um ebendiese zu schwächen oder gar abzuschaffen, nichts in einer Regierung verloren
- Welche Koalitionsabsichten eine Partei hat, ist ein wichtiges Entscheidungskriterium für mündige Bürger*innen – dieses Kriterium wird uns Wähler*innen von der ÖVP vorenthalten. Das hat nichts mit einem Vorgriff auf demokratische Entscheidungen zu tun. Es ist vielmehr respektlos gegenüber den Wähler*innen
- Um welchen „Wählerwillen“ geht es? Um die rund 70 Prozent jener Wähler*innen, die die FPÖ NICHT gewählt haben oder um die (möglicherweise bis zu) 30 Prozent FPÖ-Wähler*innen?
- Die Gefahr von links mit der Gefahr von rechts zu vergleichen geht an der Realität vorbei (Größenverhältnis der Parteien FPÖ und KPÖ, laut Verfassungsschutzbericht 2023 gab es mehr als zehnmal so viele Straftaten von Rechtsextremen wie von Linksextremen – die wir selbstverständlich auch ablehnen). Hetzerische, spaltende, rassistische und demokratiefeindliche Aussagen von linker Seite sind bisher nicht bekannt

Fazit

Die Tatsache, dass es so wenige Rückmeldungen gab, die auf unser Thema argumentativ eingingen, wirft kein gutes Licht auf die politische Kultur und die vorgeblich angestrebte „Bürgernähe“. Es dominieren in der ÖVP offenbar (klientelorientierte) Machtpolitik, eine Kombination aus *message control* und vorauseilendem Gehorsam sowie ein (situationselastischer) Opportunismus, der sich ungeachtet der katastrophalen Erfahrungen mit der FPÖ in der Vergangenheit alle Optionen offen hält, nur um an der Macht zu bleiben. Es steht zu befürchten, dass diese Partei (wider besseres Wissen?) den eigenen Machterhalt vor alles andere stellen wird: vor die Interessen des Landes, vor dessen rechtsstaatliche, demokratische Ordnung und vor den Willen einer Mehrheit der Wähler*innen.

Das alles ist uns bewusst, aber wir wollen trotzdem nichts unversucht lassen,

- die Politiker*innen auf ihre Verantwortung hinzuweisen
- deutlich zu machen, womit wir nicht einverstanden sind
- das Schweigen der sogenannten schweigenden Mehrheit zu brechen
- ein zivilgesellschaftliches Signal der Stärke zu senden
- gegen Resignation und das Gefühl der Machtlosigkeit („da kann man eh nix machen“) aufzutreten
- zu zeigen, dass wir alle etwas für die Demokratie tun müssen und auch können

Selbst wenn es auch nur bei einigen wenigen der Angeschriebenen einen Moment der Irritation oder des Wahrnehmens von anderen Sichtweisen gegeben haben sollte – es war die Mühe wert!

Und wir machen weiter!

Ruth Eiselsberg, Grete Kernegger, Eva Müllner, Petra Schmidinger
für die Initiative [betrifft.demokratie](https://betrifft.demokratie.at)
Wien, 4. Juli 2024

E-Mail: betrifft.demokratie@gmx.at
www.facebook.com/betrifft.demokratie/
www.instagram.com/betrifft.demokratie/

